

Hilfe:Sandkasten2

CDU

{{

|Partei = Christlich Demokratische Union Deutschlands

|Parteivorsitzende = [Angela Merkel](#)

|Generalsekretär = [Hermann Gröhe](#)

|Hauptsitz = Konrad-Adenauer-Haus, Klingelhöferstraße 8 Berlin

|Zuschüsse = 41.904.622,21 Euro^[1]

|Mitglieder = 517.098^[2]

|Webseite = <http://www.cdu.de>

}}

Inhaltsverzeichnis

1 Einflussnahme und Lobbystrategien	1
1.1 Seitenwechsler	1
1.2 Wahlprüfsteine	1
2 Fallstudien und Kritik	2
3 Weiterführende Informationen	2
4 Einzelnachweise	2

Einflussnahme und Lobbystrategien

Seitenwechsler

Eine Auflistung von Politikern der CDU die in die Privatwirtschaft gewechselt sind und in die Kategorie Seitenwechsler fallen

Wahlprüfsteine

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2009 hat [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien um Stellungnahme gebeten. Sie sollten sagen, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregister](#), [Karenzzeit](#) ("Abkühlphasen") für scheidende Politiker, [Lobbyisten in Ministerien](#) und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden. Die Antworten haben wir unten aufgelistet und aus der Sicht von LobbyControl kommentiert (*kursiv*).

- [Lobbyistenregister](#):

Die CDU hält die öffentliche Verbandsliste für ausreichend. Diese enthält jedoch weder Unternehmen, Lobbyagenturen und Lobbykanzleien, noch Informationen über Budgets, Kunden oder bearbeitete Themen und die Namen der tätigen Lobbyisten. Eine Dokumentationspflicht für jede vermeintlich unmittelbare oder mittelbare Beeinflussung von Vorlagen der Exekutive durch Lobbyisten lehnen CDU und CSU ab. Eine solche Verpflichtung würde zu einem unübersehbaren Verwaltungsaufwand führen.

- Karenzzeit:

Eine Karenzzeit wird abgelehnt, da es kaum möglich wäre die Beeinflussungsmöglichkeiten zu erfassen und nicht klar ist wer für die Überprüfung zuständig ist. Außerdem sieht die CDU/CSU verfassungsrechtliche Probleme mit Blick auf die Freiheit der Berufswahl.

- Lobbyisten in Ministerien:

Die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Einsatz von außerhalb des öffentlichen Dienstes Beschäftigten (externen Personen) in der Bundesverwaltung regelt solche Angelegenheiten. Es wird beobachtet, wie sich diese Regelung bewährt und gegebenenfalls ihre Weiterentwicklung geprüft.

- Nebentätigkeiten von Abgeordneten:

CDU und CSU unterstützen eine Weiterentwicklung der Verhaltensregeln des Deutschen Bundestages. Die Verhaltensregeln sollten ihren Anwendungsbereich auf solche Tätigkeiten und Einkünfte fokussieren, die auf für die Ausübung des Mandats bedeutsame Interessenverknüpfungen hinweisen können. Eine Fortentwicklung der Verhaltensregeln sollte innerhalb eines Beratungsverfahrens mit allen Fraktionen erfolgen, wenn sich konkreter Änderungsbedarf zeigt. Es bleibt also abzuwarten ob dies nur leere Worthülsen sind.

- Abschließendes Fazit von LobbyControl:

Mit Transparenz und Schranken für Lobbyisten hat die CDU/CSU nicht viel im Sinn. Die Regulierungsvorschläge von LobbyControl hält sie entweder für nicht praktikabel oder für unnötig.

Fallstudien und Kritik

Weiterführende Informationen

Einzelnachweise

1. ↑ [Festsetzung der staatlichen Teilfinanzierung für das Jahr 2009 gemäß §§ 18 ff. PartG](#), Website des Bundestages, abgerufen am 09.11.2010
2. ↑ [Zehn-Jahres-Tief - CDU laufen die Mitglieder davon](#), Spiegel-online vom 27. Mai 2010, abgerufen am 09.11.2010